

Der Sozialstaat: Zurück zur Versteuerung

DIEGO LÓPEZ GARRIDO 04/08/2010

Ein gigantischer Salto vollzog sich am 17. Juni bei der letzten Sitzung des Europarates unter der spanischen Präsidentschaft: Mit Kraft auf die Europäische Union, die ein über alles erhabenes Ziel hat, zu setzen, um zu verhindern, dass die Krise den höchst geschätzten Erfolg Europas seit Mitte des 20. Jahrhunderts in den Abgrund reißt, den Sozialstaat, soll heißen Erziehung und kostenloses Gesundheitswesen, ausreichende Altersversorgung, sozialer Schutz für Hilflose, Infrastrukturen, Sicherheit und öffentlicher Dienst.

Jedoch reichen die Übereinkünfte des genannten Europarates nicht aus (Regulierung der Finanzmärkte, Wirtschaftsregierung Europas, eine das Wachstum und Schaffung qualifizierter Beschäftigung verbindende Strategie). Sie reichen nicht, weil der wichtigste Teil der Einkünfte und der öffentlichen Ausgaben - die das Rückgrat des Sozialstaates sind - der Nationalstaat verwaltet (um die 40% des BIP) und nicht die Unión (die lediglich 1% des europäischen BIP in ihrem Haushalt hat).

Die nationalen Haushalte wurden durch die Krise hart getroffen. Aber seit einigen Jahren leiden die Haushalte der entwickeltsten Länder (OECD) an einer fiskalischen Unzulänglichkeit. Dies hat ein zentrales Phänomen bei den Staatsfinanzen dieser Länder hervorgerufen wie die strukturelle und chronische Aufnahme von Schulden, d.h. das Anwachsen der Staatsschulden. Die Explosion dieser Schuld ist im Begriff, den Euro, die Eurozone und deswegen einen guten Teil des Europaprojektes zu zerstören.

Ich habe mir die Zeit damit vertrieben, die offiziellen Statistiken der OECD über makroökonomische Daten zu studieren, die die Gestaltungsmittel der politischen demokratischen Macht im letzten halben Jahrhundert bestimmen. Es handelt sich um die Einkünfte, die die Staaten über Steuern oder öffentliche Verschuldung erhalten. Weil das sind die beiden Formen, in denen der Staat von der zivilen Gesellschaft die Mittel erhält, um in der Wirtschaft einzugreifen und um Güter und öffentliche Dienste zu verteilen.

Der Staat kann Geld zwangsweise (die Steuern) oder freiwillig eintreiben (indem er Kredite von den Anlegern erbittet, die berühmten "Märkte"). Macht er das erste, muss er es nicht zurückgeben. Macht er das zweite, dann ja. Und mit Zinsen. Das ist, wie jeder weiß, die öffentliche Schuld.

Nun denn, wenn wir die geschichtlichen Darstellungen der OECD studieren, sehen wir, dass in der Periode 1967 - 1987 der prozentuale Anteil der Einkünfte am BIP der entwickelten Staaten - Europa, Amerika und pazifischer Raum - von 26,9% auf 36,3% kletterte (in Europa von 27,7% auf 38,5%). Das heißt, die Steuerlast wuchs um nicht weniger als 10 Prozentpunkte in den 20 Jahren des goldenen Zeitalters des Aufbaus des Sozialstaates. In Spanien erreichte der Zuwachs 14 Punkte (von 16,9% auf 30,7% des BIP), da wir mit einem miserablen öffentlichen Haushalt gerade aus der Franko-Diktatur in die Demokratie wechselten.

Schauen wir uns nun die Periode 1987 bis 2007 an. Es sind zwei Dekaden, in denen sich der Neoliberalismus oder der "Washington Consensus" als die Doktrin der herrschenden Wirtschaftspolitik der westlichen Welt einrichtete. Man sprach vom "Ende der Geschichte" (Fukuyama) nach dem Fall der Mauer in Berlin.

In der dieser Periode wachsen die Einkünfte über Steuern der Staaten der OECD im Mittel von 36,3% auf 38% des BIP (in Europa von 38,5% auf 39,7%). Das ist ein Zuwachs von etwas mehr als ein Prozentpunkt an Steuerlast in 20 Jahren. In Spanien ist die Steuerbelastung stärker gestiegen bis 33,1% in 2008, 6 Punkte unter dem europäischen Mittel, da wir uns von einem niedrigeren Ausgangspunkt entwickelten.

Der Kontrast der untersuchten Zeiträume ist krass. In den ersten 20 Jahren steigen die Steuereinnahmen um 10 Punkte. In den zweiten 20 Jahren steigen sie um etwas mehr als 1 Punkt in Gebiet der OECD.

Aber wenden wir uns jetzt der anderen großen Einnahmequelle des Staates zu, der Schuld. Und untersuchen wir diese beiden Zeiträume. Von 1967 bis 1987 reichte die öffentliche Schuld in den Ländern der OECD von repräsentativen 35% des BIP bis 55% in gerundeten Zahlen (im europäischen Gebiet ist das Mittel gleich). Jedoch sprang von 1987 bis 2007 die Schuld der OECD auf 100% (im europäischen Raum auf 85%). Diese Prozentsätze schnellten in 2008 und 2009 auf Grund der Krise hoch, weswegen sie uns einen kompletten und strikten Vergleich nicht erlauben.

Obwohl es ratsam ist zu wissen, dass nur in einem Jahr (von 2008 zu 2009) der Anteil der Schuld am BIP in der Union von 61,6% auf 73,6% anwuchs, das heißt, eine Veränderung von 12 Zinspunkten (!). In Spanien wuchs sie um 13,5 Punkte an.

Das, was sich aus den vorherigen Daten ergibt, ist, dass in den letzten 20 Jahren die entwickelten Staaten in Anbetracht ihrer wachsenden Finanzierungsnotwendigkeiten Steuern durch Schulden ersetzt haben. D. h. Geld, das nicht zurückgegeben werden muss, durch Geld, das die Verpflichtungen des Staates gegenüber Gläubigern erhöht und die Ausgaben des Staates exponentiell vergrößert.

Ich glaube fest, dass das, was wir die Ära der Verschuldung nennen, beendet ist bzw. enden muss, wenn wir wollen, dass letztendlich der Sozialstaat gerade nicht geschädigt wird.

In Wirklichkeit hat die Krise der Staatsverschuldungen, die vor allem die Länder Südeuropas getroffen hat und Griechenland an Rand des Abgrunds versetzte, brutal gezeigt, dass wir nicht weiter Steuern durch Verschuldung ersetzen dürfen. Und dass, wenn wir den Sozialstaat weiterhin als Flugschiff Europas haben wollen, man wieder die Steuerproblematik aufwerfen muss. Sowohl auf supranationalem Gebiet (internationale Transaktionssteuer) als auch auf nationalem Gebiet (Bankensteuer, Steuer auf Ausstoß von Kohlenstoffe, Vermögenssteuer). Und das in einer koordinierten Art und Weise in der Europäischen Union.

Die steuerliche Justierung, die in den letzten Wochen diverse europäische Regierungen angegangen sind, insbesondere die großen Länder (außer Italien zurzeit), hat bereits den Wendepunkt, auf den ich mich beziehe, eingeleitet. Und die Kürzung der Sozialausgaben und die Erhöhung der Steuern werden im verträglichen Maße festgesetzt, die seit Jahren nicht in Betracht gezogen wurde.

So wird Deutschland neue Abgabeformen einführen: Ökologiesteuer auf Luftverkehr, spezielle Abgaben auf Brennstoffen, Steuern auf Finanztransaktionen. Frankreich hat diverse Steuererleichterungen abgeschafft und wie das Vereinigte Königreich wird es eine Bankensteuer einführen. Das Vereinigte Königreich hat die Mehrwertsteuer auf 20% (2,5 Prozentpunkte), die Besteuerung der Einkünfte aus Kapital von 18% auf 28% erhöht. Viele andere Länder sind dem gefolgt: Portugal (Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%, Belastung auf Kapitaleinkünfte um 1,5% und Gewinne aus großen Unternehmen und Banken um 2,5%), Griechenland (Erhöhung der Mehrwertsteuer und 2 Punkte auf 23%), Ungarn (Steuern auf Bankengeschäfte und Änderung des Einkommenssteuergesetzes auf einen Steuersatz), Irland (Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen halben Punkt und Einführung der Steuer auf Kraftstoffe), Lettland (Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte und 7 Prozentpunkte auf Einkommen), etc. Alle orientieren sich nach einer Vorgabe, die auch die spanische Regierung vorhat zu folgen anlässlich der nächsten Haushalte, wie ihr Präsident ankündigte mit besonderer Betonung der Beitrages derer, die mehr haben.

Die andere Säule des Sozialstaates ist neben gerechten Steuern ein nachhaltiges Wachstum. Man darf es nicht mit der Besteuerung in Widerspruch setzen - mehr Steuern weniger Wachstum -. Erstens weil das tatsächliche Dilemma gerechte Steuern oder grenzenloses Anwachsen der Verschuldung ist (was in der Union unmöglich ist). Zweitens weil der Sozialstaat in seiner Hochzeit in den europäischen Ländern im 20. Jahrhundert mit Wachstum und ungestümer Wettbewerbsfähigkeit zusammentraf, wie wir gesehen

haben.

Unumstößlich ist, dass der Sozialstaat ohne ausreichende Steuermittel in eine Dynamik der Erschöpfung gelangt, die schwierig rückgängig zu machen ist. Deswegen, das ist die Stunde der Versteuerung, und es nicht die Stunde der grenzenlosen Verschuldung.

Diego López Garrido ist Staatssekretär für die Europäische Union.

Original:

http://www.elpais.com/articulo/opinion/Estado/bienestar/vuelta/fiscalidad/elpepuopi/20100804elpepiopi_4/Tes